

Pleiten, Pech und Pannen

Pakistans Premier Nawaz Sharif feiert zweijähriges Dienstjubiläum

Kritische Zwischenbilanz einer krisengeschüttelten Amtszeit von Jorge Scholz

Beflügelt vom Erfolg einer spektakulären Zwei-Drittel-Mehrheit bei den Parlamentswahlen im Februar 1997, die ihn und seine 'Pakistan Muslim League' (PML) nach nur zweijährigem Intermezzo auf den Oppositionsbänken zurück an die Schalthebel der Macht katalpultierte, war Premierminister Nawaz Sharif mit dem Versprechen angetreten, das Land mit beherzten Reformen endlich aus der Misere zu führen. Auf der ambitionierten Agenda standen keine geringeren Aufgaben als die Re-Demokratisierung der teilweise noch vom politischen Erbe der letzten Militärdiktatur befrachteten Verfassung, die Wiederbelebung der am Boden liegenden Wirtschaft, die Bekämpfung der ausufernden Korruption und Kriminalität, die Wiederherstellung von Recht und Ordnung im bürgerkriegsgeplagten Karachi sowie die Bekämpfung des religiös motivierten Terrorismus. Auch auf diplomatischem Parkett gab es dringenden Handlungsbedarf: Die pakistanisch-amerikanischen Beziehungen waren auf einem Tiefpunkt angelangt, das Verhältnis zum Nachbarland Iran trübte sich wegen des Siegeszuges der von Pakistan unterstützten Taliban in Afghanistan zusehends ein und eine Entspannung im Dauerkonflikt mit dem Erzrivalen Indien war nicht in Sicht.

Den Ausmaßen des politischen Problemstaus entsprechend sah die Bevölkerung der Amtszeit der neuen Regierung mit hohen Erwartungen entgegen, die durch die vollmundigen Ankündigungen des Wahlsiegers noch gesteigert wurden. Kommentatoren warnten schon damals davor, daß diese unmöglich alle zu erfüllen seien und die gehegten Hoffnungen nur zu bald in herbe Enttäuschung umschlagen könnten.

Und richtig: Bereits zur Halbzeit der Legislaturperiode ist die Anfangseuphorie wie weggeblasen. Stattdessen herrscht im Land mit Blick auf die bisherige Bilanz der Sharif-Regierung der prophezeite Katzenjammer. Schon lange sind sich die Leitartikler aller wichtigen pakistanischen Zeitungen in ihrer vernichtenden Kritik der äußerst bescheidenen Leistungen des Premierministers einig. Kopfzerbrechen bereiten dabei den Beobachtern insbesondere die selbst vor Verfassungsverstößen nicht zurückschreckenden rüden Methoden, mit

denen die amtierende Administration zielstrebig ihre Machtbastion ausbaut. Schon melden sich erste warnende Stimmen zu Wort, die den gerne in der Pose des Populisten auftretenden Nawaz Sharif mittlerweile eher als selbstherrlichen Autokraten einstufen, der für die Existenz der Parlamentarischen Demokratie in Pakistan zu einer echten Bedrohung werden könnte. Anlaß für Spekulationen bietet in diesem Zusammenhang vor allem der Umstand, daß auch nach zwei Jahren immer noch nicht zu erkennen ist, was der Regierungschef mit der angesammelten Machtfülle eigentlich anfangen möchte. Daß sie doch noch den versprochenen Lösungen für die eingangs skizzierten Schlüsselprobleme des Landes zu gute kommen könnte, mag niemand mehr so recht glauben.

Daraus den Rückschluß zu ziehen, Nawaz Sharif agiere zu passiv, wäre allerdings verfehlt. Ganz im Gegenteil gab es in der pakistanischen Geschichte kaum jemals zuvor eine Phase, die in so kurzer Zeit eine solche Fülle an bedeutenden politischen Ereignissen und Veränderungen mit sich brachte. Die pakistanischen Nukleartests im Mai letzten

Jahres sind hierfür nur ein Beispiel. Angestoßen von den Initiativen Sharifs geriet insbesondere das Politische System Pakistans in Bewegung, in dem sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Gewalten bereits deutlich zu Gunsten der Exekutive verschoben haben. Alle wichtigen institutionellen Grundpfeiler einer Demokratie mußten bereits in heftigen Auseinandersetzungen mit der Regierung teilweise erhebliche Kompetenzverluste hinnehmen. Namentlich das Parlament, die Justiz und die Presse bekamen den Machtwillen der Regierung schmerzlich zu spüren. Das früher nahezu allmächtige Präsidentenamt wurde gar auf bloße Repräsentativaufgaben zusammengesetzt. Selbst die Armeeführung zog erstmals bei einem Kräftemessen mit einer Zivilregierung, die mit dem vorzeitigen Rücktritt des Generalstabschef endete, den Kürzeren.

Ausmaß und Stoßrichtung dieser schleichenden Revolution von oben werden aber erst bei näherem Blick auf die wichtigsten Schauplätze und Stationen dieser offenbar auf grundlegende strukturelle Veränderungen angelegten Konfliktserie deutlich.



Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung im bürgerkriegsgeplagten Karachi sowie die Bekämpfung des religiös motivierten Terrorismus ist der Sharif-Regierung noch nicht gelungen (Foto: Walter Keller)

Regierung und Parlament

Obwohl Premierminister Nawaz Sharif bei öffentlichen Auftritten den Kurs seiner Regierung stets mit dem Hinweis auf die komfortable Parlamentsmehrheit der PML legitimiert, ist im politischen Alltag von einem besonderen Respekt vor dem Parlament und seinen verfassungsmäßig garantierten Rechten und Kontrollfunktionen wenig zu spüren. Ganz im Gegenteil wurden die beiden parlamentarischen Kammern Nationalversammlung und Senat in den abgelaufenen beiden Jahren gleich mehrfach geschickt instrumentalisiert, um die Macht der Exekutive auf Kosten der Abgeordneten und Senatoren zu mehren: So nutzte Sharif bereits kurz nach Amtsantritt seine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament, um das von Militärdiktator Zia-ul-Haq in die Verfassung eingerückte Damokles-Schwert des Artikels 58 (2) zu beseitigen. Zu diesem Zeitpunkt noch begleitet vom Applaus der politischen Beobachter im In- und Ausland verlor damit der Präsident die Macht, gewählte Regierungen nach Belieben entlassen zu können; ein Instrument, mit dem nicht nur Benazir Bhutto sondern auch Sharif selbst in ihren politischen Karrieren gleich mehrfach schmerzliche Bekanntheit schlossen. Kaum war diese Gefahr gebannt, ließ sich die Regierung vom Parlament ein schon deutlich brisanteres Gesetzespaket absegnen. Die "14. Verfassungsergänzung" ('14th Amendment') beraubte nämlich die Abgeordneten des Rechtes, während der Legislaturperiode ihre Parteizugehörigkeit zu wechseln. In der Vergangenheit hatte dieses als "floor-crossing" bekannte Phänomen wiederholt im Plenum zu erheblichen Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse bis hin zur faktischen Entmachtung der jeweiligen Regierung geführt. Vor diesem Hintergrund sind die eingeleiteten Gegenmaßnahmen also durchaus nachvollziehbar und - wie die Teilentmachtung des Präsidenten - ein Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie. Doch in den Augen der Kritiker schießt die Initiative weit über dieses Ziel hinaus: Denn laut Gesetzestext droht aufmüpfigen Parlamentariern nicht nur beim offenen Parteiwechsel der Verlust ihres Mandates, sondern auch bei Verstößen gegen den per Dekret verordneten Fraktionszwang bei Abstimmungen. In der Praxis hat die Kontrolle der PML-Abgeordneten durch Nawaz Sharif Auswüchse angenommen, die Befürchtungen laut werden lassen, daß zumindest die Nationalversammlung, lahmgelegt durch den verordneten Maulkorb, schon bald ihren ureigensten Aufgaben nicht mehr nachkommen kann. Das distanzierte Verhältnis des Regierungschefs gegenüber dem Parlament läßt sich auch daran ablesen,

daß dieser nur sehr selten an den Sitzungen teilnimmt. Meistens müssen stellvertretend Minister diese Aufgabe übernehmen. Mit noch größerer Mißachtung strafte Sharif den Senat, den er erst ein einziges Mal mit einem Besuch beehrte. Schlimmer noch als diese Symbolik - der Senat ist eine dem deutschen Bundesrat vergleichbare parlamentarische Interessenvertretung der Provinzen - ist der Umstand, daß sich die Regierung während der ersten Hälfte ihrer Amtszeit insgesamt in acht Fällen weigerte, von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetze dem Senat zur Abstimmung vorzulegen. Da dies aber laut Verfassung nach geltendem Gesetzgebungsverfahren innerhalb festgelegter Fristen zwingend erforderlich ist, sind die meisten durch diesen Automatismus längst wieder außer Kraft gesetzt worden.

Manche Kenner der politischen Szene in Pakistan erklären sich die besondere Aversion des Premierministers gegenüber dem Senat mit dem Hinweis auf den Umstand, daß die Regierungspartei PML im Oberhaus nicht über die Mehrheit verfügt. Diese ging vor wenigen Monaten mit der Niederlage bei den jüngsten Nachwahlen verloren, so daß die Regierung kaum mit einem positiven Votum bei Abstimmungen rechnen kann. Seitdem verstärken der Premier und etliche Minister in öffentlichen Stellungnahmen kontinuierlich den Druck auf den Senat, um ihn zum Einlenken zu bewegen. Selbst die Drohung mit "nicht unbedingt im Einklang mit der Verfassung stehenden Maßnahmen" war schon aus dem Munde von Regierungsmitgliedern zu hören. Kein Wunder, daß solche Zwischentöne bei den politischen Entscheidungsträgern in den Provinzen auf wachsendes Mißtrauen stoßen.

Für Frustration sorgt im Kabinett vor allem, daß der Senat derzeit das als Verfassungsänderung geltende Shariat-Gesetz blockiert. Die heftig umstrittene Initiative würde den Koran und andere islamische Rechtssammlungen in den Rang oberster Rechtsquellen erheben, denen sich selbst die Verfassung unterzuordnen hätte. Gleichzeitig soll mit diesem Schritt die Richtlinienkompetenz des Premierministers in Sachen der weiteren Islamisierung von Staat und Gesellschaft festgeschrieben werden. Ein pikantes Detail, das nicht nur im säkularen Lager für einen Aufschrei des Entsetzens sorgte, sondern auch in den Reihen der religiösen Parteien aus naheliegenden Gründen auf heftige Kritik stieß.

Um das 'Shariat'-Gesetz allen Widerständen zum Trotz doch noch wie geplant in die Tat umsetzen zu können, ist die Regierung aktuell auf den Plan verfallen, das Paket einer Vollversammlung beider Parlamentskammern zur Verabschiedung vorzulegen. Eine entspre-

chende Resolution wurde bereits von der Nationalversammlung verabschiedet. Doch mit dem Argument, daß die Verfassung ein solches Verfahren nur für den Fall vorsieht, daß ein Gesetz zuvor vom Senat explizit abgelehnt wurde, sperrt sich dieser weiter gegen die Manipulationsversuche der Regierung. Vom Ausgang dieses Tauziehens dürfte es maßgeblich abhängen, ob die Demokratie in Pakistan auf Dauer eine Chance hat. Die drohende Marginalisierung des Parlaments als ihrer Kerninstitution ist jedenfalls eine ernste Gefahr.

Regierung und Justiz

Auch die Beziehungen zwischen Regierung und Judikative waren in den letzten beiden Jahren von erbitterten Auseinandersetzungen geprägt. Vor allem um die Befugnisse und Rechte der Obersten Gerichtsbarkeit tobte zwischen beiden Seiten ein mit allen verfügbaren Mitteln ausgetragener Konflikt. Zum Hintergrund: Gleich zu Beginn seiner Amtszeit startete Nawaz Sharif einen ersten Versuch, eine Art Parallel-Gerichtsbarkeit von seinen Gnaden zu etablieren. Die Einberufung spezieller Schnellgerichte sollte dafür sorgen, die von den ordentlichen Gerichten kaum noch zu bewältigende Flut von Terroristenprozessen durch Verurteilungen im Fließbandverfahren einzudämmen. In Stellungnahmen machte der frischgebackene Premier dabei keinen Hehl aus seiner Ansicht, daß das als koloniales Erbe in seiner Substanz nach wie vor angelsächsische Rechtssystem Pakistans viel zu schwerfällig sei, um die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung gewährleisten zu können. Stattdessen plädierte er offen für das häufigere Verhängen der Todesstrafe und die möglichst rasche Exekution von Verurteilten als wirksamste Waffe im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus. Der damalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes ('Supreme Court'), Sajjad Ali Shah, setzte sich vehement gegen diese Eingriffe gegen die Autonomie der Justiz zu Wehr. Unterstützt von den Vorsitzenden der vier Obersten Provinzgerichtshöfe ('High Court') und dem Chefrichter des 'Federal Shariat Court' ging Ali Shah mit einer Resolution an die Öffentlichkeit, die die Regierung dazu aufforderte, den Aufbau eines konkurrierenden Justizwesens zu unterlassen. Als Vorschlag zur Güte legte der oberste Verfassungshüter einen Alternativplan vor, wie man über die Einstellung zusätzlicher ordentlicher Richter ausschließlich für Terroristenprozesse reservierte Gerichtsverfahren innerhalb des etablierten Rechtssystems realisieren könnte. Doch anstatt eine für beide Seiten akzeptable Verhandlungslösung anzustreben, holte Sha-



Der Spielraum zur Ankurbelung der am Boden liegenden Wirtschaft bleibt gering (Foto: Walter Keller)

rif zu einem weiteren Schlag gegen die Judikative aus. Ohne die Repräsentanten der laut Verfassung zuständigen Institution auch nur zu informieren, rief die Regierung in mehreren Großstädten sogenannte "Anti-Terroristen-Gerichte" ins Leben. Als Richter fungierten für diese Aufgabe in keiner Weise qualifizierte Armeeeoffiziere. Besonders im bürgerkriegsgeplagten Karachi, wo die Armee Konfliktpartei und damit Teil des Problems der tieferliegenden Ursache für die dortigen mit terroristischen Mitteln geführten Auseinandersetzungen ist, wirkte die Maßnahme wie eine offene Kampfansage gegen die letzten Bastionen des Rechtsstaates. Der Interessenkonflikt eskalierte postwendend zur Staatskrise, die über Wochen hinweg das Land in Atem hielt. Traurige Höhepunkte der Posse waren die gewaltsame Erstürmung des 'Supreme Court' in Islamabad durch PML-Aktivistinnen, der Rücktritt des zwischen die Fronten geratenen Präsidenten Farooq Leghari sowie die von der Regierung eingefädelt Entmachtung Sajjad Ali Shaha durch den Putsch einer Gruppe regierungstreuer Richter.

Vorübergehend schien damit der Sieger festzustehen und der Widerstand der Judikative gegenüber der Regierung endgültig gebrochen. Doch am 17. Fe-

bruar diesen Jahres meldete sich das Verfassungsgericht mit einem spektakulären Urteil in der politischen Arena zurück: Es erklärte ohne Wenn und Aber die Existenz der Militärgerichte, die in kürzester Frist mehr als ein Dutzend Todesurteile verhängt hatten, als unvereinbar mit der Verfassung. Sharif sah sich genötigt, sich im Rahmen einer Fernsehsprache an die Nation zu rechtfertigen. Der Schock saß dem bei diesem Kameraauftritt unsicher und nervös wirkenden Politiker noch sichtlich in den Knochen, wie die Presseberichterstattung genüßlich notierte. Doch die Kraft reichte offenbar noch, um das Urteil mit dem schwerwiegenden Vorwurf zu kommentieren, das Verfassungsgericht unterstütze Terroristen. Wenige Tage später goß der Premierminister weiteres Öl ins Feuer, indem er - sich demonstrativ über das Diktum des 'Supreme Court' hinwegsetzend - die "hervorragende Arbeit der Militärgerichte" öffentlich lobte. Ein Schelm, wer böses dabei denkt, daß die Bundesregierung seitdem sämtliche beim Verfassungsgericht anhängigen Verfahren, die zur Entscheidung gebracht wurden, verloren hat. Erneut schickt sich die Judikative in Abwesenheit einer echten politischen Opposition an, in die Rolle

des eigentlichen Gegenspielers der Regierung zu schlüpfen. Weitere Konflikte scheinen hier mit Blick auf Sharifs verbleibende Amtszeit vorprogrammiert.

Regierung und Opposition

Die wichtigste Oppositionspartei 'Pakistan People's Party' (PPP) hat sich immer noch nicht von der vernichtenden Niederlage bei den letzten Wahlen im Februar 1997 erholt. Degradiert auf die Fraktionsstärke einer Regionalpartei bleiben der PPP kaum Möglichkeiten, im Parlament spürbare Wirkung zu entfalten. Auch zu außerparlamentarischen Kampagnen besitzt die Partei von Benazir Bhutto derzeit nicht die notwendigen Kapazitäten. Höchst wirksam verhindert wird eine Erholung der einstigen echten Volkspartei in Pakistan durch den Umstand, daß die gesamte PPP-Führungsriege mit einer wahren Flut von Strafverfahren eingedeckt wurde. Die Anklagepunkte reichen von Machtmißbrauch, Korruption und Bestechung bis hin zu Steuerhinterziehung und illegalen Waffenbesitz. Im Brennpunkt des Geschehens steht naturgemäß die Ex-Premierministerin und PPP-Vorsitzende Benazir Bhutto und ihr Ehemann Asif Zardari. Ihnen werden Millionenschwere Devi-

sentransfers ins westliche Ausland vorgeworfen, die aus der Staatsschatulle stammen sollen. Die Verantwortung für die Aufklärung und Strafverfolgung liegt in den Händen einer eigens gegründeten Institution mit dem Namen 'Ehtesab Cell'. Dieses 'Transparenz-Komitee' wurde von der Regierung mit der Aufgabe betraut, der systematischen Plünderung der Staatskassen durch prominente Steuerhinterzieher und Kreditbetrüger einen Riegel vorzuschieben. Doch der dahinterstehende ehrenwerte Ansatz ist in der Praxis längst zum einseitigen Kesselstreben gegen Oppositionelle entartet. Denn merkwürdigerweise wurden die Fahnder bislang nur in diesen Kreisen fündig, während selbst einschlägig bekannte Missetäter in den Reihen der Regierung von unangenehmen Nachforschungen verschont blieben. Zweifel an der Seriosität der Aktivitäten der regierungseigenen 'Transparenz-Polizei' weckt nicht nur die Einseitigkeit der unverhohlenen politisch motivierten Recherchen, sondern auch der Umstand, daß noch keines der mittlerweile rund 30 eröffneten Strafverfahren zu einer Verurteilung führte. Beobachter interpretieren diesen Umstand so, daß die Beweislage offenbar nicht zur Verhängung langjähriger Haftstrafen gegen die Beschuldigten ausreiche. Um die Betroffenen nicht freisprechen zu müssen - so eine populäre These - zieht die Regierung statt dessen die zu Schauprozessen umfunktionierten Gerichtsverfahren gegen die PPP-Prominenz endlos in die Länge.

Regierung und Presse

Das Verhältnis zwischen Regierung und Presse wird seit Sommer letzten Jahres von dem mittlerweile weite Kreise ziehenden Streit mit der Jang-Gruppe, dem mit Abstand größten und einflussreichsten Zeitungsverlags des Landes, überschattet (vgl. den Beitrag von Beena Sarwar in dieser Ausgabe). Nach Lage der Dinge liegen bei diesem Konflikt in Form von belastenden Tonbandaufzeichnungen eindeutige Beweise vor, daß die Regierung den Eigentümer mit geradezu kriminellen Methoden zwingen wollte, seine diversen Publikationen auf einen Sharif-freundlichen Kurs einzuschwören. Konstruierte Klagen wegen angeblicher Steuerhinterziehung und illegalen Schwarzhandels mit Zeitungspapier, das Sperren der Verlagskonten sowie das teilweise Stoppen der benötigten Papierlieferungen waren nur einige der eingesetzten Hebel, um Jang-Chef Shakilur Rehman in die Knie zu zwingen. Der Presse-Tycoon entschied sich jedoch, Rückrat zu beweisen und den Fehdehandschuh aufzunehmen. Sämtliche Medien des verzweigten Verlagsimperiums holten mit ebenso schonungslosen wie

peinlichen Enthüllungen über alle Einzelheiten der Affäre zum propagandistischen Gegenschlag aus. Auch die übrige Presse solidarisierte sich rasch mit der in Bedrängnis geratenen 'Jang'-Gruppe, so daß sich die Regierung derzeit einem regelrechten Zeitungskrieg gegenüber sieht, der auch international für negative Schlagzeilen sorgt. Begleitet wird die Rebellion des Blätterwaldes von Demonstrationen Tausender aufgebracht Journalisten in den großen Städten. Die Presseclubs in den Metropolen sind immer wieder Schauplatz hitziger Debatten.

Doch schon vor der jüngsten Eskalation war die Arbeit der Presse auf Betreiben der Regierung in schwieriges Fahrwasser geraten. Von Beginn an verfolgte die Sharif-Administration dabei eine Politik nach dem Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche: Einerseits wurden einzelne kooperationsbereite Journalisten und Redakteure systematisch mit großzügigen finanziellen Zuwendungen und sonstigen Privilegien umworben. Selbst ganze Journalistenverbände kamen in den Genuß ähnlicher Offerten. So wurde beispielsweise nach einem Bericht des Monatsmagazins 'Herald' den Mitgliedern des Presseclubs Lahore ein aus Steuermitteln subventioniertes eigenes Villenviertel für Journalisten in Aussicht gestellt, wenn sie einen von der Regierung favorisierten Kandidaten zu ihrem Vorsitzenden wählen würden. Fast überflüssig zu erwähnen, daß der betreffende Kandidat - ungeachtet des Konflikts mit der Regierung um die Jang-Gruppe - am 27. Februar mit überwältigender Mehrheit den Urnengang gewann. Auf der anderen Seite häufen sich auch Berichte über gezielte Einschüchterungsversuche gegenüber einzelnen kritischen Journalisten durch die Behörden. Selbst Attentate gegen allzu aufmüpfige Zeitungsredaktionen soll es schon gegeben haben. So gibt es beispielsweise Indizien, daß ein im Jahr 1997 auf das Büro des 'Daily Pakistan' von einer extremistischen religiösen Gruppe verübtes Attentat mit Wissen und aktiver Unterstützung der Polizei realisiert wurde. Das offensichtliche Ziel dieser Politik, die auf eine Zählung der Presse über - freiwillige oder unfreiwillige - Selbstzensur hinausläuft, ist jedoch nach jetzigem Stand der Dinge nicht zu erreichen. Ähnlich wie die Judikative dürften die Printmedien auch weiterhin eine gute Chance haben, sich als wichtiges Korrektiv einer tendenziell demokratiefeindlichen Regierung zu behaupten.

Regierung und Wirtschaft

Auf wirtschaftlichem Gebiet konnte die Sharif-Regierung gerade in jüngster Zeit mit einigen beachtlichen Erfolgen aufwarten, die die ansonsten recht dü-

stere Gesamtbilanz etwas aufhellen. Denn kürzlich gelang es Islamabad, die seit den pakistanischen Atomtests im Mai 1998 als Sanktionsmaßnahme eingefrorenen IWF- und Weltbank-Kredite als Ergebnis entsprechender Verhandlungen auszulösen. Auch die USA und die übrigen westlichen Gebernationen haben die Zahlung von Entwicklungshilfe mittlerweile wieder aufgenommen. Die zwischenzeitlich durchaus reale Gefahr eines vorzeitigen Endes der PML-Regierung wegen Staatsbankrott scheint also vorläufig gebannt. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies bestenfalls einer Art weiterer Galgenfrist gleichkommt. Die Staatsfinanzen befinden sich nämlich nach wie vor in extremer Schiefelage. So belaufen sich die Auslandsschulden Pakistans inzwischen auf stattliche 32 Milliarden US-Dollar. Zins- und Tilgungszahlungen verschlingen bereits knapp 54 Prozent des gesamten Bundeshaushalts. Auch der jüngste Kredit reicht gerade aus, um die nächste Jahresrate des alten Schuldenberges bedienen zu können. Finanzieller Spielraum für wirksame Investitionen zur Ankurbelung der am Boden liegenden Wirtschaft bleibt da kaum, zumal die Militärausgaben der Regierung weitere 30 Prozent des Haushalts binden. Ebenso kostspielige wie prestigeträchtige Großprojekte wie die völlig am Bedarf vorbeigeplante sechsspurige Autobahn zwischen Lahore und Islamabad taten ein übriges, um letzte Reserven zu verpulvern. Als Gesamtfazit bleibt also nur die bittere Feststellung, daß Pakistan unter der Führung von Nawaz Sharif zwar in den exklusiven Kreis der Kernwaffenmächte aufgestiegen ist. Doch eine realistische Perspektive, wie Pakistan seinen Platz unter den 35 ärmsten Ländern der Welt verlassen könnte, ist weiterhin nicht in Sicht. Innenpolitische Machtkämpfe auf allen Ebenen binden beinahe die gesamte Aufmerksamkeit der Regierung, so daß sich die Hoffnung auf beherrzte Reformen und ein baldiges Ende der Misere auch in der zweiten Hälfte der Amtszeit von Nawaz Sharif kaum erfüllen dürften. Der anti-demokratische Kurs der gegenwärtigen Regierung sorgt vielmehr für neue Sorgen und Irritationen. Sämtliche Hoffnungen auf eine Renaissance ruhen nun auf den verbliebenen noch funktionstüchtigen demokratischen Institutionen, die sich im durchaus noch nicht verlorenen Abwehrkampf gegen die Übergriffe der Regierung erstaunlich gut behaupten. Ob dies als Korrektiv ausreicht, um die Sharif-Administration in der verbleibenden Zeit ihres Mandats doch noch auf den Tugendpfad einer positiven Politik zu zwingen, bleibt abzuwarten.